

Malaysia als Vorreiter in der ASEAN?

Lösungsansätze zur Bewältigung von Menschenrechtsverletzungen

Obwohl die Menschheit inzwischen schon weit fortgeschritten ist, wird unsere heutige Welt immer noch von riesigen humanitären Krisen gebeutelt. Im Sudan, in Syrien und Sri Lanka leiden immer noch Millionen Unschuldiger unter Grausamkeiten und Gewalt, zu deren Ursachen sie nichts beigetragen haben.

Die bisher auf Myanmar beschränkte Rohingya-Krise hat sich mittlerweile auf Nachbarländer ausgedehnt, da Flüchtlinge weiterhin vor staatlich unterstützter Verfolgung fliehen. Verschiedene Berichte zitieren UN-Quellen, die besagen, dass die Rohingya eine, wenn nicht sogar *die* »am meisten verfolgte Minderheit der Welt« sei.

Die Rohingya sollen sieben Prozent der Gesamtbevölkerung Myanmars ausmachen, aber die genaue Zahl ist unbekannt, da die mehrheitlich buddhistische Regierung Myanmars diese Volksgruppe, eine muslimische Minderheit, absichtlich von der Volkszählung ausschließt.

Das Kirchturmdenken, das zu ihrer schrecklichen Lage führt, ist sehr traurig, vor allem wenn man bedenkt, dass sich die Identität Südostasiens als Region sehr stark über die inhärente gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt ihrer Bevölkerung definiert, sowohl der einheimischen als auch der zugewanderten. Und obwohl Hunderte anderer ethnischer Gruppen Südostasiens ihre Heimat nennen können, können die Rohingya die Markierung als ungewollter Gast nicht abschütteln.

Obwohl sie von ihrem eigentlichen Heimatland Myanmar, welches ihnen die Anerkennung als Bürger verweigert, zurückgewiesen und der Diskriminierung ausgesetzt werden – in Form von Vergewaltigung, Brandstiftung, Mord und umfangreichen Landraub –, stoßen sie beim Versuch, Zuflucht in den Nachbarländern zu finden, auf verschlossene Türen. Diejenigen, die erfolgreich in andere Länder gelangen, finden dort keinen Trost, sondern werden stattdessen als illegale Einwanderer behandelt, und in manchen Fällen sogar noch schlimmer als das.

Schätzungen zufolge gelten nach heutigem Stand 140.000 Rohingya, leicht mehr als zehn Prozent ihrer geschätzten Gesamtbevölkerung, als Vertriebene in ihrem eigenen Land.

Zehntausende sind in Nachbarländer entkommen, während Tausende sich in überfüllten Booten auf den gefährlichen Seeweg gemacht haben, eine Reise, die oft erst mithilfe von Schleusern ermöglicht wird, mit der Absicht, von ihrer verzweifelten ‚Fracht‘ zu profitieren. Es wird von Hunderten berichtet, die die Seefahrt nicht überlebt haben, und diejenigen,

die nicht ertrinken, sind mit wenigen Lebensmitteln und Trinkwasser auf dem Meer gefangen.

Malaysia befand sich natürlich mittendrin in der Rohingya-Krise, nicht nur als ahnungsloses Zielland der Flüchtlinge, sondern traurigerweise auch als Vermittler des Menschenhandels. Anfang 2016 wurde von öffentlicher Seite die grausame Entdeckung von 139 Massengräbern in 28 verlassenen Schleuser-Camps in Padang Besar und Wang Kelian, die auf der malaysischen Seite an der Grenze zu Thailand liegen, zugegeben. Die meisten dieser Camps wurden von Menschenhändlern genutzt, um Rohingya-Flüchtlinge unterzubringen, die nur freigelassen wurden, wenn ihre Verwandten ein Lösegeld gezahlt haben. Es überrascht nicht, dass viele an Hunger und Krankheiten starben, wie man an den »hundert Skeletten« erkennen konnte, die in den Massengräbern gefunden wurden. Die Entdeckung dieser erbärmlichen Camps hat unmittelbar die Tatsache hervorgehoben, dass Malaysia kein passiver Akteur in der Krise war, vor allem, als berichtet wurde, dass die meisten Camps mindestens fünf Jahre lang unbehelligt betrieben werden konnten.

Es ist schier unmöglich, dass die Existenz so vieler Camps unseren Sicherheitskräften unbemerkt geblieben ist. Das dies eben nicht stimmt, darauf deutet die Tatsache hin, dass anfängliche Untersuchungen und die darauffolgende Festnahme von 12 Polizisten auf die Existenz eines ruchlosen Menschenhändler-rings hinweisen, auf Gewalttäter von beiden Seiten der Grenze, und auf die schändliche Mittäterschaft seitens der malaysischen Vollstreckungsbehörden und der Grenzsicherheit.

Willkürliche Behandlung von Zufluchtsuchenden

Neben den offensichtlichen Sicherheitsfragen und dem neuen abstoßenden Schleuserproblem hat die Rohingya-Krise auch die ernstzunehmenden Schwachpunkte dessen offengelegt, wie Malaysia als Staat, und tatsächlich auch die ASEAN, sowohl mit der groben Verletzung von Menschenrechten in einem Mitgliedsstaat umgeht als auch mit der Flüchtlingspolitik innerhalb der eigenen Grenzen.

Zuallererst erscheint die Behandlung, die man den Flüchtlingen in diesem Land zugesteht, komplett willkürlich, anhängig vom Herkunftsland, dem ethnischen Hintergrund und der Anzahl. In den 1990er Jahren wurde in Malaysia Hunderten bosnischer Flüchtlinge Asyl gewährt sowie Hilfe von Regierungsseite. Zuvor hatte unsere Regierung auch

von Zairil Khir Johari und Haris Zuan
Aus dem Englischen von Roland Maas.

Zairil Khir Johari ist Mitglied des malaysischen Parlaments und stellvertretender Sekretär für nationale Öffentlichkeitsarbeit der Democratic Action Party.

Haris Zuan ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institute of Malaysian & International Studies (IKMAS) der National University of Malaysia.



Rohingyas auf dem Salayang Markt in Kuala Lumpur
Foto: Malaysiakini – Norman Goh

bei der Umsiedlung von 10.000 kambodschanischen Moslems und 120.000 moslemischen Flüchtlingen aus dem Süden der Philippinen geholfen. In der jüngeren Vergangenheit hat unsere Regierung auch ihre Bereitschaft erklärt, 3.000 syrische Flüchtlinge aufzunehmen.

Leider wurden die Rohingya nicht annähernd in derselben Art und Weise empfangen. In Wirklichkeit gab es, als die ersten Rohingya plötzlich in Booten außerhalb unserer Küsten auftauchten, einen riesigen anfänglichen Widerwillen, sie an Land zu lassen, auch wenn die Alternative gewissermaßen lebensbedrohlich für sie war. Geschätzt 100.000 Rohingya-Flüchtlinge in Malaysia gelten als Einwanderer ohne Papiere, das heißt, sie werden nicht unterschieden von anderen illegalen Einwanderern. Deshalb haben diese Flüchtlinge – und damit auch Kinder – keinen gesetzlich geregelten Zugang zur Grundbildung, Gesundheitsversorgung und zum Arbeitsmarkt, was wiederum die Gefahr von Ausbeutung und Menschenhandel erhöht.

Diese Bedingungen dienen nur dazu, den Teufelskreis aufrechtzuerhalten. Erwachsenen Flüchtlingen wird eine legale Erwerbstätigkeit verweigert, was bedeutet, dass sie kein Geld verdienen können, um Grundbedürfnisse zu stillen oder eine Gesundheitsvorsorge zu bezahlen, was alleine schon mehr kostet, weil Subventionen nicht für Ausländer gelten – und natürlich noch weniger für Illegale. In der Folge arbeiten viele schließlich illegal, oft in gefährlichen und schlecht bezahlten Jobs. Und was noch schlimmer wiegt, der Mangel an Papieren macht sie

zu leichten Opfern von Missbrauch seitens der Polizei und von Bestechung.

Ohne richtige Gesetze und Standardarbeitsanweisungen, um den Umgang mit Einwanderern ohne Papiere und Flüchtlinge anzuleiten und zu regeln, wird das Problem zweifelsohne schlimmer. Mit heutzutage knapp 200.000 Flüchtlingen und Asylbewerbern verschiedener Nationalitäten in Malaysia, nur mit minimalen Rechten und wenig Zugang zu den Grundeinrichtungen ausgestattet, ist es nur eine Frage der Zeit, bevor die Situation sozioökonomische Probleme schafft, die auf die Malaysier ausnahmslos Auswirkungen haben werden. Wenn überhaupt, dann ist die Reihe der scheußlichen Morde, die in Penang letztes Jahr geschahen, als Gruppen von Staatsbürgern Myanmars sich zu Gangs zusammengerottet haben um ihre Mitbürger umzubringen, ein treffendes Beispiel.

Problem »Nichteinmischungspolitik« der ASEAN

Wenn wir das Thema der Flüchtlinge ernst angehen möchten, dann ist der erste Schritt für die Regierung, sich an internationale Standards zu halten. Zunächst einmal sollten wir die UN-Flüchtlingskonvention unterzeichnen und ratifizieren, ein multilaterales Abkommen, das vor 64 Jahren, und zwar 1951, verkündet wurde und definiert, wer ein Flüchtling ist, seine Rechte darlegt, genauso wie die Verantwortlichkeiten der Länder, die Asyl gewähren, bestimmt. Diese Konvention basiert auf der Allgemeinen Erklä-

rung der Menschenrechte von 1949, welche die Rechte von Personen anerkennt, die vor Verfolgung Schutz in anderen Ländern suchen. Wenn diese Konvention einmal unterzeichnet und ratifiziert wird, müssen unsere nationalen Gesetze geändert werden, um die Auflagen der Konvention einzubeziehen. Außerdem ist es entscheidend, dass unsere Gesetze einen klaren Unterschied zwischen Flüchtlingen, Asylbewerbern und Einwanderern ohne Papiere machen. Unter unserer momentanen Gesetzgebung gelten sie alle als illegal, wodurch sie von Abschiebung, Inhaftierung und Missbrauch durch Gesetzesvollzugsbehörden bedroht sind.

Gleichzeitig verlangt das Schleuserproblem eine sofortige und gründliche Antwort. Die Integrität unserer Grenzen muss gestärkt und das aktuelle Personal richtig geschult werden angesichts der schockierenden Enthüllungen, die geheime Absprachen erfordern.

Diejenigen, die für schuldig befunden werden, müssen schnell verurteilt werden, und weitere Schritte müssen unternommen werden, um die Sicherheitsprotokolle und die Aufsicht zu verbessern, einschließlich der Zusammenarbeit mit betroffenen Staatsregierungen. Zur gleichen Zeit müssen internationale Behörden wie der Hohe Flüchtlingskommissar der UN miteinbezogen werden, um die Situation zu beobachten.

Was die Wurzel des Problems selbst betrifft, liegt es auf der Hand, dass ein Teil der Schuld in der ASEAN-Politik der Nichteinmischung liegt. Indem man die unverfälschte Verfolgung von ethnischen oder religiösen Minderheiten einfach als das interne Problem von jemand anderem bagatellisiert, führt das nicht nur dazu, dass das Problem weiter anschwillt, sondern auch, wie der Fall von Myanmar gezeigt hat, es schließlich in einer humanitären Krise resultiert, die sich auf Nachbarländer ausdehnen könnte.

Deshalb ist es keine Lösung, die Rohingya-Krise wie ein isoliertes Problem zu behandeln. Stattdessen bedarf es einer multilateralen und ASEAN-zentrierten Strategie der Interaktion mit Myanmar, um das Problem bei der Wurzel zu packen. Es gibt einen positiven Präzedenzfall dafür, nämlich als während des Wirbelsturms Nargis 2008 klar wurde, wie das »konstruktive Engagement« der ASEAN darin gemündet hat, dass Myanmar eine Verteilung von Hilfsgütern im eigenen Land zugelassen hat, nachdem zuvor alle anderen internationalen Hilfsangebote abgelehnt worden waren.

Stabiler diplomatischer Dialog anstelle von Zwangsmaßnahmen, wie Wirtschaftssanktionen oder diplomatischer Isolation, werden größere Erfolgchancen haben. Zudem markieren die letzten Parlamentswahlen Myanmars den Höhepunkt von jahrelangen beständigen Bemühungen, den Demokratisierungsprozess voranzubringen. Wir müssen auf diesem Fortschritt aufbauen.

Was jedoch deutlich ist, ist, wie dringend die ASEAN sich von der Politik der Nichteinmischung verabschieden muss, vor allem angesichts der klaren Menschenrechtsverletzungen. Diesbezüglich muss Malaysia mehr Druck ausüben und vielleicht sogar die Führung übernehmen, wenn es darum geht, Myanmar bei der Verfolgung von Minderheiten den rechten Weg zu zeigen. Gleichzeitig sind koordinierte multilaterale Bemühungen gefordert, um dem wachsenden Schleuserproblem in der Region zu begegnen.

Schlussendlich darf es keinen Kompromiss geben, wenn es darum geht, die Menschlichkeit zu verteidigen. Schließlich hat Nelson Mandela einmal gesagt: »Einem Menschen seine Menschenrechte verweigern bedeutet, ihn in seiner Menschlichkeit zu missachten.«